

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telex: 686 846 ppbn d
Telefax: 21 0664



Inhalt

Horst Peter MdB und Heinz Lohmann zur Notwendigkeit, die gesundheitliche Versorgung in den fünf neuen Bundesländern sofort sicherzustellen: Zwei-Klassen-Medizin verhindern.

Seite 1

Albrecht Müller MdB zum Vorgang "Waffen für Saudi-Arabien": Schlampig im Umgang mit hochsensiblen Fragen.

Seite 2

Hanni Knerr zur Notwendigkeit, die Pflegeberufe attraktiver zu machen: Soziales Pflichtjahr kann Pflegeprobleme nicht lösen.

Seite 3

Dokumentation

Grußwort von Dr. Hans-Jochen Vogel zur Festveranstaltung anlässlich des 100. Jahrestages der Partei-Umbenennung in Halle. Wortlaut

Seite 3

45. Jahrgang / 196

12. Oktober 1990

Zwei-Klassen-Medizin verhindern

Zur Notwendigkeit, die gesundheitliche Versorgung in den fünf neuen Bundesländern sofort sicherzustellen

Von Horst Peter MdB

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) und
Heinz Lohmann
ASG-Bundesausschußvorsitzender

Es besteht die akute Gefahr, daß in weiten Teilen der ehemaligen DDR die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung zusammenbricht. Diese bedrückende Prognose ergibt sich aus verzweifelten Berichten von Beschäftigten insbesondere in Polikliniken und Ambulatorien. Deren Arbeit und damit die ambulante Gesundheitsversorgung ist wegen unklarer Finanzierungsstrukturen schon in den nächsten Monaten nicht mehr gesichert. Diese Einschätzung ergibt sich auch aus Berichten der Delegierten aus den ASG-Landesverbänden der fünf neuen Bundesländer und des Ostteils Berlins, die jetzt erstmals an einer Sitzung des ASG-Bundesausschusses in Bonn teilnahmen.

Der Grund für die Gefährdung der gesundheitlichen Versorgung ist in den völlig ungeeigneten Regelungen des Einigungsvertrages zu suchen. Wir fordern deshalb für die ASG von Bundesminister Blüm, die Konzentrierte Aktion im Gesundheitswesen Anfang November zu nutzen, das bisher Versäumte unverzüglich nachzuholen. Die Finanzierung insbesondere der Polikliniken und Ambulatorien zur Aufrechterhaltung der ambulanten gesundheitlichen Einrichtungen muß endlich ohne Wenn und Aber gesichert werden. Die Gesundheit der Menschen darf nicht zum Spekulationsobjekt werden. Die Finanzierungsregelungen für das Gesundheitswesen im Einigungsvertrag beschwören durch die unterschiedlichen Gebührenregelungen für Bürgerinnen und Bürger aus der bisherigen Bundesrepublik und der ehemaligen DDR die Gefahr herauf, eine Zwei-Klassen-Medizin zu etablieren. Die Menschen in der ehemaligen DDR haben aber einen unteilbaren Anspruch auf eine gute gesundheitliche Versorgung.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichteter Umgang
mit wertvollem Rohstoff
Recycling-Papier



Besonders gefährdet ist auch die Kranken- und Altenpflege. Wir fordern deshalb eine unverzügliche Verbesserung der Situation der Beschäftigten in diesem Bereich. Die Bundesregierung muß sich außerdem an der dringend notwendigen Sanierung und Modernisierung der Krankenhäuser in der ehemaligen DDR durch Förderung von Investitionen beteiligen. Auch ist ein Sofortprogramm zur Finanzierung von Reformmaßnahmen in der Psychiatrie erforderlich. Die Zustände in vielen psychiatrisch-neurologischen Einrichtungen in der bisherigen DDR müssen als menschenunwürdig bezeichnet werden.

Die ASG hat eine ad hoc-Arbeitsgruppe gebildet, die ein Gesundheits Sofortprogramm mit konkreten Vorschlägen zur Rettung der gesundheitlichen Versorgung in der ehemaligen DDR erarbeiten wird.

(-/12.10.1990/rs/ks)

Schlampig im Umgang mit hochsensiblen Fragen
Zum Vorgang "Waffen für Saudi-Arabien"

Von Albrecht Müller MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Rüstungsexportkontrolle der SPD-Bundestags-
fraktion

Der Vorgang "Waffen für Saudi-Arabien" offenbart wieder einmal die unglaublich dumpe Art, wie die Bundesregierung mit den hochsensiblen Rüstungsexporten umgeht.

Die eigenen Richtlinien werden von der Bundesregierung offenbar nicht ernst genommen. Da wird über Monate hinweg ein Vorgang geprüft, der nach den eigenen Grundsätzen überhaupt keine Realisierungschance haben darf: Saudi-Arabien befindet sich offiziell noch im Kriegszustand mit Israel. Die Möglichkeit, daß sich deutsche Waffen einmal gegen Israel wenden könnten, einem Volk, dem wir Deutsche unermessliches Leid zugefügt haben, muß ein für alle mal ausgeschlossen sein.

Die Art und Weise, wie dieser Lieferwunsch der Saudis von den deutschen Behörden geprüft wird, ist unglaublich: Das zuständige Wirtschaftsministerium wird nicht gefragt, das Auswärtige Amt bittet das Verteidigungsministerium um Prüfung, dort geht es dann aber nicht um die politische Bewertung, sondern nur um technische Machbarkeit. Staatssekretäre schreiben Briefe mit der Frage, wie sie denn nun verfahren sollen. Als bisherigen Gipfel der Oberflächlichkeit erklärt Stoltenberg gestern, er könne sich nicht mehr erinnern, ob der Sicherheitsrat im Dezember vergangenen Jahres dieser Lieferung nun zugestimmt habe oder nicht.

Wenn ein Minister in der Lage ist, solche Entscheidungen zu vergessen, wenn zuständige Ministerien nicht befaßt werden, wenn Staatssekretäre nicht wissen, was zu tun ist, wenn Spannungsgebiete nicht eindeutig lokalisiert werden können, müssen wir befürchten, daß deutsche Chemiewaffen im Irak oder in Libyen kein Einzelfall bleiben werden und daß die Entscheidung Kohls, jetzt keine Waffen an Saudi-Arabien zu liefern, nur aus der Not der Stunde geboren ist.

Die Regierung offenbart hiernit einen unglaublichen Schlamperladen im Umgang mit hochsensiblen Vorgängen, die geeignet sind, großen außenpolitischen Schaden zu bewirken.

Es muß nun Schluß sein mit der unsäglichen Diskussion um Rüstungsexporte. Ich fordere: Keine Waffenlieferungen außerhalb des NATO-Gebietes.

(-/12.10.1990/rs/ks)

Soziales Pflichtjahr kann Pflegeprobleme nicht lösen
Zur Notwendigkeit, die Pflegeberufe attraktiver zu machen

Von Hanni Knerr

Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) Rheinland-Pfalz

Angesichts der sich anbahnenden Katastrophe im Pflegebereich denken Männer über den kostengünstigen Pflichteinsatz von jungen Menschen nach und fordern ein soziales Pflichtjahr. Aus Sicht der AsF bestehen die gesellschaftlichen Benachteiligungen von Frauen, die als Argumente gegen die Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr verwendet wurden, fast unverändert weiter, auch gegen den kostensparenden Gedankenblitz Pflichtjahr.

Kranken und alten Menschen ist eine Entprofessionalisierung des Pflegebereichs nicht zumutbar. Ausgerechnet bei Menschen, die auf Hilfe und Zuwendung angewiesen sind, kann auf Fachpersonal nicht verzichtet werden, zumal in anderen Bereichen immer mehr Spezialisten gefragt sind. Die Attraktivität der Pflegeberufe muß gesteigert, Strukturen verändert werden.

Hat man uns bisher zu der Einsicht zwingen wollen, Bundeswehrdienst bringe uns Frauen die wahre Emanzipation, scheint man das alte Rollenklischee wiederentdeckt zu haben: Frauen als Sorgende, Pflegende, Behütende, ehrenamtlich und unentgeltlich soziale Dienste Leistende. Der Pflegenotstand ist ein gesellschaftliches Problem und muß von der gesamten Gesellschaft gelöst werden und nicht dadurch, daß Zivildienstleistende durch junge Frauen ersetzt werden.

(-/12.10.1990/rs/ks)

DOKUMENTATION

Ein demokratisches Jubiläum in Deutschland

Dr. Hans-Jochen Vogel, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, sandte zur heutigen Festveranstaltung der SPD Halle anläßlich des 100. Jahrestages der Umbenennung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands in Sozialdemokratische Partei Deutschlands auf dem Parteitag in Halle vom 12. bis 19. Oktober 1890 ein Grußwort, das wir im Wortlaut dokumentieren.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

das Protokoll verzeichnete "jubelnden Beifall", als die Delegierten des Parteitags in Halle vor 100 Jahren fast einstimmig den neuen Parteinamen "Sozialdemokratische Partei Deutschlands" beschlossen. Es herrschte eine euphorische Stimmung in Halle, konnte doch der Parteivorsitzende August Bebel nach dem Fall des Sozialistengesetzes eine stolze Bilanz ziehen. Obwohl Reichskanzler Bismarck gegen die "gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" sowohl den Büttel als auch den Almosenkorb bemüht hatte, war die Partei bei den Reichstagswahlen am 20. Februar 1890 die stärkste Partei Deutschlands geworden.

Heute erinnern wir uns an diesen Parteitag in Halle vor 100 Jahren um so intensiver, als vor wenigen Tagen auf unserem Berliner Parteitag der Zustand, der 1946 durch die Zwangsvereinigung geschaffen worden war, sein Ende gefunden hat. In Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen und in ganz Berlin existieren wieder Gliederungen der SPD. Auf's Neue bilden sie zusammen mit den Gliederungen der westdeutschen Bundesländer die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Damit haben sich einmal mehr die Ideale der deutschen Sozialdemokratie, hat sich ihre Lebenskraft als stärker erwiesen als die Mächte und Kräfte, die die Sozialdemokratie auslöschen wollten und sich selbst für unbezwingbar hielten.

Wir feiern unsere Parteijubiläen nicht selbstgefällig. Wir verdrängen nicht die Irrtümer und Fehler, die es auch in unserer Geschichte gegeben hat. Aber wir feiern in dem Bewußtsein, daß wir uns unserer Geschichte nicht zu schämen haben, daß wir auf diese Geschichte stolz sein können. Keine andere Partei kann auf eine solche Zeitspanne kontinuierlichen politischen Wirkens zurückblicken wie wir. Wir sind die älteste der deutschen Parteien. Im Strom der deutschen Geschichte haben wir vor allem die Kontinuität der geistigen politischen Kräfte deutlich gemacht, deren Anstrengungen von Anbeginn an auf ein friedliebendes, freiheitliches, demokratisches, sozial- und rechtsstaatliches; in sein europäisches Umfeld eingebettetes Deutschland gerichtet war. Deshalb ist die 100ste Wiederkehr des Parteitages von Halle nicht nur ein sozialdemokratisches Jubiläum in Deutschland.

Die Einheit Deutschlands wird jetzt in Freiheit vollendet, aber die Einheit ist kein Selbstzweck. Wir wollen die Einheit um der Menschen willen. Ich wünsche mir ein modernes, auf der persönlichen Freiheit und dem Wohlergehen aller Bürgerinnen und Bürger beruhendes Deutschland, das nicht nur das friedliche Zusammenleben der Deutschen, sondern aller Europäer erleichtern soll. Ein geeintes Deutschland - in einem geeinten Europa - wird mehr zur Bewältigung der großen Menschheitsaufgaben beitragen können.

Die deutsche Sozialdemokratie ist für den schwierigen Prozeß des Zusammenwachsens programmatisch gerüstet: Mit unserem Berliner Grundsatzprogramm und mit unserem Konzept Fortschritt '90. Wir wollen in diesem geeinten Land die Politik verantwortlich gestalten. In diesem Sinne wünsche ich uns allen einen guten Erfolg.

(-/12.10.1990/rs/ks)
